

CHRISTIAN RATH ÜBER HARTZ IV FÜR EU-BÜRGER

Missverständliches Urteil

Das Luxemburger Urteil wird wohl für mehr Verwirrung als Klärung sorgen. Denn der jetzt vom Europäischen Gerichtshof bestimmte Hartz-IV-Ausschluss betrifft nicht alle armen EU-Bürger, sondern nur eine kleine Gruppe – die keinerlei Arbeitssuche nachweisen kann und deshalb auch kein Aufenthaltsrecht hat.

Wer (als EU-Bürger) zur Arbeitssuche nach Deutschland kommt, hat dagegen zumindest ein Aufenthaltsrecht. Ob er auch Anspruch auf Sozialleistungen hat, das muss der Europäische Gerichtshof in einem anderen Urteil entscheiden, vermutlich erst in einem Jahr. Bis dahin wird das aktuelle Urteil für Zweifel und Missverständnisse sorgen. Besser wäre gewesen, der EuGH hätte beide Fälle zusammen verhandelt und entschieden.

Im aktuellen Fall hatten viele Unterstützer der rumänischen Familie damit argumentiert, dass diese doch schon lange in Leipzig lebe und ihr Aufenthalt bisher geduldet wurde,

daraus müsse dann auch ein Anspruch auf Sozialleistungen folgen.

Diese Argumentation hat der EuGH geradezu ruppig abgelehnt. Und das ist auch besser so. Denn wären die EU-Richter in diesem Einzelfall großzügig gewesen, hätte dies eine ganz unschöne Gegenreaktion zur Folge gehabt: Die deutschen Ausländerbehörden hätten dann penibel darauf geachtet, dass wirtschaftlich inaktive EU-Bürger nach drei Monaten sofort das Land verlassen. Es hätte viel mehr Kontrollen und viel mehr Ausweisungen gegeben – um zu verhindern, dass aus der bloßen Anwesenheit in Deutschland Sozialansprüche entstehen.

Dagegen ist nun zu hoffen, dass die Leipziger Rumänin – und andere EU-Bürger in gleicher Lage – nun weiter in Ruhe gelassen werden. Vielleicht kann sie sich mithilfe ihrer Schwester und etwas Kindergeld weiter durchwursteln – und so eines Tages in Deutschland noch richtig Fuß fassen. Der Tag SEITE 2

DOMINIC JOHNSON ÜBER BOKO HARAM UND GOODLUCK JONATHAN

Die nigerianische Tragödie

Normalerweise ist es keine besonders wichtige Nachricht, wenn ein amtierender Staatschef seine Kandidatur für eine erneute Amtszeit verkündet und sich dabei innerhalb der Verfassung bewegt. Aber Nigerias Präsident Goodluck Jonathan wusste wohl, warum er seine Kandidatenerklärung in der Hauptstadt Abuja in ein öffentliches Spektakel samt gigantischem Sicherheitsaufgebot verwandelte. Jonathans voraussichtliche Wiederwahl im Februar 2015 wird entweder Nigeria vor dem Untergang bewahren – oder es hineintreiben.

Denn die nicht endenden Angriffe und Anschläge der islamistischen Untergrundarmee Boko Haram destabilisieren längst mehr als den entlegenen Nordosten Nigerias. Sie entblößen die Schwäche des Militärs und der zivilen Institutionen, die sich als unfähig erweisen, dem Vormarsch der Gotteskrieger nachhaltig etwas entgegenzusetzen. Damit zielt ihr Krieg auf das Herz des nigerianischen Staates und auf den Zusammenhalt der Nation.

Das riesige, unbändige Nigeria ist ein Mikrokosmos Afrikas, in dem sich die Vielfalt des Kontinents wie in einem Brennglas bündelt. Immer wieder fühlen sich einzelne Regionen oder Volksgruppen marginalisiert, benachteiligt oder ausgeplündert. Der einzige Grund, warum Nigeria immer noch existiert, ist die Zuversicht der Nigerianer, dass sie geeint doch noch eine bessere Zukunft haben könnten. Was Boko Haram jetzt treibt, ist allerdings geeignet, diese Zuversicht auf eine harte Probe zu stellen.

In seiner Rede, mit der Jonathan seine erneute Kandidatur ankündigte, waren Zukunftsvisionen Fehlanzeige. Aber das wird er brauchen, wenn er das Vertrauen der 170 Millionen Nigerianer bis kommenden Februar nicht vollends einbüßen soll. Und spätestens danach braucht er Erfolge gegen Boko Haram. Das ist die Tragödie Nigerias: Die verhassten militanten Islamisten halten die Zukunft des Landes in ihrer Hand.

Schwerpunkt SEITE 4

Die Anschläge von Boko Haram destabilisieren nicht nur den entlegenen Nordosten des Landes

MALTE KREUTZFELDT ÜBER DEN KOHLESTREIT IN DER SPD

Gabriels Scheingefecht

Im letzten Jahr war der traditionelle Konflikt zwischen den Bundesministerien für Wirtschaft und für Umwelt etwas in den Hintergrund getreten. Schließlich werden beide Häuser erstmals seit Langem von der gleichen Partei geleitet, nämlich der SPD. Und im Koalitionsvertrag waren viele potenzielle Streitfragen bereits geklärt worden.

Nun scheint es wieder loszugehen: Umweltministerin Barbara Hendricks fordert die Abschaltung einiger Kohlekraftwerke, um das deutsche Klimaziel bis zum Jahr 2020 noch zu schaffen. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hält lautstark dagegen.

Doch bei dem Streit handelt es sich im Wesentlichen um ein Scheingefecht. Wenn Gabriel erklärt, Deutschland könne nicht gleichzeitig aus der Atomkraft und aus der Kohle aussteigen, dann kämpft er gegen eine Forderung, die gar niemand erhebt. Ein sofortiger kompletter Ausstieg aus der Kohle wäre tatsächlich nicht zu schaf-

fen. Langfristig hingegen führt an einer Energieversorgung ohne Kohle kein Weg vorbei. Und dafür müssen jetzt die ersten Schritte eingeleitet werden. Genau das fordert Hendricks.

Für die Energieversorgung ist ein Verzicht auf die ältesten Kohleleimer kein Problem, für das Erreichen der Klimaziele ist er unabdinglich. Das weiß auch Gabriel. Schließlich war er es selbst, der einst als Umweltminister das deutsche 40-Prozent-Ziel durchgesetzt hat. Und die Große Koalition hat dieses Ziel noch vor einem Jahr im Koalitionsvertrag bekräftigt.

Insofern gibt es berechnete Hoffnungen, dass der Wirtschaftsminister derzeit nur eine Show aufführt, um der Kohleindustrie zu beweisen, dass er ihre Interessen nicht ignoriert. Die Öffentlichkeit ist von Gabriel zwar so manche Volte gewohnt, doch wenn er das deutsche Klimaziel tatsächlich aufgeben würde, wäre seine Glaubwürdigkeit endgültig dahin.

Wirtschaft + Umwelt SEITE 8



SCHLAGLOCH VON MATHIAS GREFFRATH

Revolution auf Katzenpfoten

Thomas Piketty hat wenig Utopie, aber einen brauchbaren Werkzeugkasten

Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluß! / Es muß ein guter da sein, muß, muß, muß! (Bertolt Brecht)

Am letzten Wochenende musste ich an Karl Kautsky denken. Das war der Sozialdemokrat, der vor hundert Jahren den Begriff des „Ultraimperialismus“ geprägt hat: eine Ordnung, in der monopolistische Riesenunternehmen durch universellen Freihandel, zunehmende Kapitalverflechtungen und -konzentration die Welt „friedlich“ unter sich aufteilen. Die Beschreibung trifft ziemlich gut die Tendenzen, detretwegen Thomas Pikettys dickes Buch über das „Kapital im 21. Jahrhundert“ ein Bestseller geworden ist.

Pose der Unparteilichkeit

Mit einer erschöpfenden Fülle statistischen Materials weist er nach, dass steigende Ungleichheit kein Ausrutscher, sondern das normale Resultat der kapitalistischen Marktwirtschaft ist. Pikettys Untersuchung der Vermögenskonzentration, der globalen Klasse von Superreichen und des Bereicherungsmechanismus ist kaum zu widerlegen. Er warnt vor den ökonomischen Krisen und sozialen Unruhen, die daraus folgen werden; sein Hauptvorschlag: eine globale progressive Steuer auf große Vermögen, um diese unerwünschten Folgen zu dämpfen und das Geld in Bildung und andere, notwendige gesellschaftlichen Aufgaben zu stecken. Auf Nachfragen erklärt er, kein Antikapitalist zu sein und schon gar nicht gegen Eigentum. Wieder nur ein Arzt am Krankenbett des Kapitalismus?

Pikettys Pose der Unparteilichkeit hat seinen Erfolg ausgemacht. Er operiert im Rahmen der orthodoxen Wirtschaftstheorie, deshalb ist seine Wirkung vor allem in der akademischen Welt der USA so groß: Nobelpreisträger Krugmann nannte „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ das „wichtigste Buch des Jahrzehnts“, für Weltbankökonom ist es ein „Wendepunkt in der ökonomischen Literatur“.

Dass ein dickes, auch kompliziertes Buch, das nachrechnet, was seit Jahren unter Zeitungslernern Common Sense ist, so Furor machen konnte (Gesamtauflage 800.000), ist das eigentliche „Phänomen Piketty“. Am letzten Freitagabend moderierte ich eine Veranstaltung, auf der Piketty, eingeladen von den *Blättern für Deutsche und Internationale Politik* und dem Haus der Kulturen der Welt (HKW), seine Thesen vorstellte. Es kamen gut und gern

zweitausend Menschen, Hunderte mussten draußen bleiben, der Saal im HKW war überfüllt, das Publikum folgte gute zwei Stunden Pikettys Ausführungen und der folgenden Diskussion, in der Hans-Jürgen Urban (IG Metall), Susan Neiman (EinsteinForum) und Joseph Vogl („Das Gespenst des Kapitals“) komplexere methodische Fragen erörterten und, natürlich, die „Was tun“-Frage umkreisten.

Zweitausend, oder mehr, an einem Freitagabend: gut ausgebildete, multilinguale, zumeist junge Menschen, die zu aufgeklärt sind, um noch an die Hoffnungen der großen Mehrheit aller Parteien des Parlaments zu glauben, die das Ende des Wachstums nicht wahrhaben will. Sie sind zu nüchtern für Revolutionsparolen und wollen sich doch weder in den gängigen Phrasen der Alternativlosigkeit noch in der „Wir haben doch alle keine Antwort“-Skepsis einrichten. Und irgendwie haben sie das Gefühl, dass die Teilnahme an den periodischen Wellen von Protest – Attac, Occupy, Campac –, die sich immer wieder an der Brandung des Beharrens brechen, nicht reicht.

Deshalb fiel mir Kautsky ein. Nicht wegen seines „Ultra-Imperialismus“, sondern Kautsky, der wesentliche Verfasser des „Erfurter Programms“ von 1891 – zu Beginn der „Belle Epoque“, in der Thomas Piketty den vorletzten Höhepunkt der Ungleichheit lokalisiert. In diesem Programm kamen drei Dinge zusammen: die Gewissheit kommender schwerster, ja finaler Krisen („der große Kladderadatsch“); ein Fernziel: der „Zukunftsstaat“, das Bild

einer befreiten Gesellschaft, das August Bebel in den 52 Auflagen seiner „Frau im Sozialismus“ popularisierte; und, drittens, ein Bekenntnis zur Praxis der pragmatischen kleinen und mittleren Schritte – aber immer ausgerichtet auf den Polarstern einer sozialistischen Zukunft. Aussicht auf die Katastrophe, Fernziel, Anleitung zur Tagespolitik – unter einem Dach, und immer zusammenzudenken.

Verstreute Erwägungen

So etwas, ist, hundert Jahre später, nicht im Angebot. Oder doch? Pikettys Bilanzierung des abflachenden Wachstum erinnert zwar von fern an den Marx'schen „tendenziellen Fall der Profitrate“, aber seine knochentrockenen fiskalpolitischen Erwägungen ergeben keinen utopischen Bildungsroman. Dafür etwas anderes: Über das Buch verstreut finden sich Erwägungen über: globale Steuern auf die weltweit größten Vermögen und Erbschaften, um die Akkumulation zu bremsen und die Ungleichheit abzubauen; eine Steuer auf die Ölprofite, um Investitionen in den Klimaschutz zu finanzieren; eine politische Kontrolle der großen Staatsfonds und eine progressive Einkommensteuer zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben, vor allem von Bildung. Weiter: eine Absicherung und deshalb einen Umbau der sozialstaatlichen Institutionen unter den Zwängen sinkender Wachstumsraten; eine einmalige Vermögensabgabe der Geldeigentumsbesitzer zur Tilgung der Staatsschulden; eine gesamteuropäische Steuerpolitik. Und zu allererst: einen globalen Vermögenskataster, der all das und die Schleifung der Finanzparadiese ermöglichen würde.

Zusammengenommen ist das keine Utopie, aber ein ziemlich umstürzlerischer Werkzeugkasten – der Algorithmus dafür dürfte technisch kein Problem sein. Wie hieß es doch damals: Im Schoße der alten Gesellschaft wachsen das Wissen und die Produktivkräfte der neuen. Ist Piketty also doch ein Revolutionär auf Katzenpfoten? Der wissenschaftliche Mitarbeiter eines kommenden Kautsky? Fehlte nur noch so etwas wie eine Partei ... Ach ja: Am Vormittag des Freitags beschied Sigmar Gabriel dem jungen Mann, die Vermögenssteuer, die noch im letzten Wahlprogramm der SPD stand, halte er für tot. Ach ja. Übrigens hatten die Veranstalter den Abend „Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert“ betitelt. Hundert Jahre sind eine lange Zeit.

Mathias Greffrath

■ lebt als freier Autor für Print und Radio in Berlin. Zuletzt schrieb er an dieser Stelle über die Möglichkeiten von Rot-Rot-Grün, die politische Stagnation zu überwinden: „Anlauf zum langen Angriff“ (2. 10. 2014).



Foto: Anja Weber